

Der oben erwähnte Bericht, der die bei der ersten Zusammenkunft gehaltenen Reden und Vorschläge enthält, kann vom Missionshause Sankt Gabriel bei Mödling (N.-Öe.) um den Preis von 1 K (Theologen 50 h) bezogen werden.

III. Missionszeitschriften.

23. Zeitschrift für Missionswissenschaft. In Verbindung mit mehreren Universitätsprofessoren und Missionären herausgegeben von Prof. Dr Schmidlin-Münster, Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W. 4 Hefte von je 5 bis 6 Bogen. Abonnementspreis jährlich M. 6.— Die im dritten Jahrgange stehende Missionszeitschrift ist so vorzüglich, daß sie einer besonderen Empfehlung nicht mehr bedarf. Jedes Heft bringt eine solche Fülle von interessanten Abhandlungen und Notizen, daß sie jedem, der sich in das Missionswesen vertiefen will, unentbehrlich wird. Für die nächsten Hefte sind folgende Beiträge angekündigt: Kirche und Mission. Das Werk der Glaubensverbreitung in Deutschland. Die Guarani-Reduktionen in Paraguay. Ueber katholische Missionsgeographie. Die Hierarchie in den Missionsländern. Die Mission in der Liturgie. Die Liturgie in der Mission. Mission und Islam, u. s. w. Die Missionszeitschrift sollte in keinem Missionszirkel und in keiner Dekanats- oder Stiftsbibliothek fehlen!

24. Akademische Missionsblätter. Organ der katholischen akademischen Missionsvereine. Kommissionsverlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung in Münster i. W. — Die „Missionsblätter“ berichten in ausführlicher und anregender Weise über den so erfreulichen Aufschwung des Missionsgedankens bei den Akademikern der deutschen Universitäten und dürften auch bald das Zentralorgan der akademischen Missionsvereinigungen Österreichs werden. Die „Missionsblätter“ bieten aber nicht nur dem Akademiker, sondern jedem Missionsfreunde viel Anregung und können daher auch weiteren Kreisen empfohlen werden.

Sammelstelle.

Gaben-Verzeichnis:

Bisher ausgewiesen: 36.905 K 13 h. Neu eingelaufen: Herr Kanonikus Geisler in Seefkirchen 300 K für „die ärmsten Missionen“; Herr Anton Preis in Neulengbach für die Missionen in China 270 K; Herr Josef Padil, Pfarrer in Sziplosszovos (Ungarn), für die dürfstigen Missionen in Asien und Afrika 100 K; derselbe aus dem Nachlaß des hochw. Herrn Geza Dubois für Missionen in Indien 10 K; Pfarramt Aichkirchen für die Aussätzigen 5 K; Herr Joh. Eder, Benefiziat in Neukirchen am Wald, für die Missionsschwestern in Marienfels, Post Mrogoro, Deutsch-Afrika, 10 K; Herr Isidor Kraus, Pfarrer in Stoizendorf (N.-Öe.), für Missionen in China, Japan und Indien je 50 K = 150 K. Zusammen 845 K.

Gesamtsumme der bisherigen Spenden 37.750 K 13 h. Deo gratias! Um weitere gütige Spenden bitten dringend der Berichterstatter und die Redaktion.

Kirchliche Zeitläufe.

Von P. Dr Bonifaz Senher O. S. B., Pfarrer in St Georgen (Lavanttal).

1. Frankreich: Fortgesetzter Kampf wider Schule und klösterliche Institute. — 2. Weitere Entwicklung des Kulturmampfes in Spanien. — 3. England: Katholikenkongress, Schulbill und Klösterliches.

1. Zwei Ereignisse der jüngsten Zeit lenken unsere Blicke wieder einmal Frankreich zu: zunächst das vielseitig geäußerte Verlangen nach Rückberufung der frankenpflegenden Orden, sodann der Kampf

um die katholischen Privatschulen. Wir betrachteten (Heft 2, 1911, S. 451) Frankreichs kirchliche Lage bis zu jenem Zeitpunkte, da Ministerpräsident Briand von radikaler Seite gestürzt wurde, weil er entgegen dem Gesetze eine Anzahl geistlicher Kongregationen allzu unbehelligt gelassen habe. Sein Nachfolger Cailloux mußte versprechen, radikaler, d. h. nach einer von der Loge vorgeschriebenen Marschroute gegen alle Orden in gleicher Weise vorzugehen. Es war das leichter verlangt und zugesagt, als wirklich ausgeführt. Auf beiden Gebieten, Krankenpflege und Schule, leistete die katholische Kirche durch ihre religiösen Genossenschaften Vorzügliches; an sie hatten sich Land und Volk dermaßen gewöhnt, daß es trotz aller Gesetze geradezu unmöglich schien, ohne Mithilfe der Orden auf beiden Gebieten das Auslangen zu finden. Nun machte ja freilich die kirchenfeindliche Regierung Anstrengungen genug, die Orden durch weltliche Angestellte in Schule und Krankenpflege zu überbieten. Allein ein klägliches Fiasco war die Folge, indem man teils die nötige Zahl von Pflegepersonal nicht aufzubringen vermochte, teils aber, und das vor allem, nicht ebenso trefflich ausgebildete und verlässliche Personen anstellen konnte. So waren alle nicht autorisierten Klöster wohl dem Wortlaute des Gesetzes nach vertrieben, in Wirklichkeit aber war man auf die Hilfe gar vieler noch angewiesen und man verschob die Gewaltmaßregel so lange als möglich. Für gewöhnlich wandte man sie erst dann an, wenn die neuen Besitzer klösterlicher Güter nicht mehr länger auf die faktische Übergabe warten wollten. Sooft nun eine solche Niederlassung aufgehoben werden sollte, ging ein Sturm der Entrüstung los, und das nicht etwa nur auf katholischer Seite.

So legte der Akademiker Loffi, obwohl Protestant, 1911 im „Figaro“ energische Verwahrung gegen die Vertreibung der Schwestern aus der Vorstadt Levallois Perzel ein. — Am 5. November desselben Jahres veranstalteten die Katholiken Lyons einen gewaltigen Protestumzug gegen die Ausweisung der Ordensschwestern, wobei sie dem Präfekten eine Protestschrift gegen die behördlichen Maßnahmen überreichten. In der Erinnerung vieler dürfte der Sturm noch sein, den die Vertreibung der Petites Soeurs aus Paris gleichfalls im November 1911 zur Folge hatte. Damals schon hatte es sich gezeigt, wie viele aller politischen Parteien bereits des Kirchenhasses überdrüssig geworden sind.

So brach das Jahr 1912 an und mit ihm der Kampf wider die katholischen Krankenschwestern in den Privatkliniken. Denn die meisten Ärzte — ob Katholiken oder Freimaurer — hatten zur Wartung und Pflege in ihren Privatkliniken auf die katholischen Orden nicht verzichten zu können geglaubt. Der Verband französischer Ärzte mit mehr denn 10.000 Mitgliedern lehnte den radikalen Vorstoß energisch ab. Er erklärte, daß die Schwestern den Patienten mehr Vertrauen einflößen als weltliche Pflegerinnen;

daz̄ Workommisſe, wie ſie ſich unter lezteren ereigneten, Streit, um Lohnerhöhung zu erzielen, Skandale u. a. m. ehemel unbekannt gewesen ſeien. Es half gegen dieses Strauben auch nichts, daz̄ der fanatiſche Deputierte Laurent an den Minister eine Interpellation richtete, warum er die Kongregationsgeze gegen die Pflegechwester nicht anwende, da ja, ſofern vier oder ſechs Schwester zusammenleben, dieſe ein Kloſter bildeten, das aufgehoben werden müſſe.

Dielbe Intoleranz zeigte ſich auf dem anderen von uns ge- nannten Gebiete, auf jenem der Schule. Als mehrere Kinder, denen die Väter den Gebrauch bestimmter Lehrbücher untersagt hatten, aus den Staatschulen ausgewiesen wurden, die Eltern derselben aber dagegen Berufung einlegten, wurden ſie vom Staatsrate, der höchften Instanz der franzöſiſchen Republik, abgewiesen. Es wurde damit vor aller Welt unzweideutig erklär, daz̄ die Väter wohl die Lasten für die Staatschulen zu tragen, aber keinen Einfluß auf die Schule ſelbst und ihre Tendenz üben dürfen, mit anderen Worten: daz̄ die Kinder nicht den Eltern, ſondern dem Staate gehören, der ſie unbedenklich zu Freigeiſtern erziehen kann.

Doch allen Schikanen zum Trotz entwickelte ſich die freie katholiſche Schule immer mehr. Man höre darüber eine Schilderung liberalerseits, die glänzender nicht lauten könnte:

„Die Trennung von Kirche und Staat ſcheint in Frankreich am meiſten den katholiſchen Privatschulen zugute zu kommen. Früher waren die Geiſtlichen durch das Konfördat und das Kultusbudget gehemmt, um für dieſe Schulen Propaganda zu machen. Jetzt aber bekämpfen ſie rücksichtslos die Volksschule, und zwar mit augenſcheinlichem Erfolg. Die ‚Humanité‘ kennt einen Fall, wo in fünf benachbarten Departements von 1906 bis 1911 die Volksschule im ganzen 11.000 Zöglinge verlor und die katholiſche Privatschule 25.000 Zöglinge gewonnen hat. Außerdem gelingt es aber auch den Geiſtlichen, die Volksschullehrer einzuschüchtern und ſie zu bewegen, auf diejenigen Lehrmittel zu verzichten, die von den Bifchöfen verurteilt worden sind. Ein Lehrer gestand dem Mitarbeiter der ‚Humanité‘, daß auch er ungern genug auf eines dieser Lehrmittel verzichtet und es nur getan habe, damit ihm ſeine Zöglinge nicht von der Privatschule abgenommen würden.“ („Köln. Volkszeitung“ Nr. 5, 1913.)

Wie kläglich iſt dagegen das Verſagen der Staatschule. Sie beſteht in Frankreich bereits nahezu vierzig Jahre und ſollte ſeit der Trennung von Kirche und Staat die Volkserziehung als Monopol erhalten. Zum erstenmal nun erstattete in diesem Jahre der radikale Abgeordnete Dessoix einen parlamentarischen Bericht über die Erfolge der Staatschule, der mehr als alles andere der Rückberufung der katholiſchen Orden das Wort redet. Das eben zitierte Blatt berichtet darüber: „Das bedauerliche Ergebnis iſt, daz̄ von den jungen Franzöſen, die zum Dienſt berufen werden,

nahezu der vierte Teil ohne jede Schulbildung geblieben ist oder das Gelernte fast ganz vergessen hat. Der erste Direktor und Organisator des Volksschulwesens, Ferdinand Buisson, bespricht die Frage im Rappel' und hebt aus dem Berichte namentlich eine Untersuchung hervor, die durch das Lehrerseminar von Carcassonne über 32 junge Soldaten veranstaltet wurde, die in der Kaserne durch die angehenden Lehrer unterrichtet werden müßten. Die Hälfte der jungen Leute hatte die Schule einen oder zwei Winter hindurch unregelmäßig besucht, weil sie die Eltern für die landwirtschaftliche Arbeit zu oft in Anspruch nahmen. Die 16 übrigen Recruten waren fast lauter Waisenkinder, die schon vom siebten oder achten Jahre an ihr Brot verdienen müßten. Dazu macht der Kulturmäpfer Buisson notgedrungen die Bemerkung: „Soweit hat es unsere Zivilisation und unsere Demokratie gebracht! So erfüllt sie ihre Pflicht gegenüber der Kindheit. Daraus erklärt sich, daß ich mich viel weniger gegen die Privatschulen ereifere, selbst wenn sie klerikal sind, als gegen den sozialen Egoismus, der Tausende menschlicher Intelligenzen im Elend verkümmern läßt und sich dann in tugendhafter Weise entrüstet, daß es so viele Illiteraten und so viele jugendliche Verbrecher gibt.“

So ungefähr war die Lage der Dinge, als vier Tage vor der Wahl des Präsidenten der Republik der aus der Dreyfus-Affäre bekannte Oberstleutnant Du Pathy de Clam wieder mit seinem Grad in die Territorial-Armee eingestellt werden sollte. Er galt als Werkzeug des klerikalen Generalstabes und so bemächtigte sich der radikalen, radikalsozialistischen und sozialistischen Mitglieder des Parlamentes eine ungeheure Aufregung, deren nächste Folge der Rücktritt des Kriegsministers Millerand, deren weitere aber die war, daß bei der Wahl des neuen Präsidenten der Republik viel mehr nach seiner Haltung den Katholiken gegenüber gefragt wurde denn nach seinen Ansichten über innere und äußere Politik. „Es war denn auch Combes“, schreibt die „N. Fr. Presse“ in Nr. 17.383, „der sein Werk der Verweltlichung der Republik mit Eifer verteidigt, es war Combes, der als erster die Republikaner aufrüttelte und ihnen das wieder hervortretende Gespenst des Klerikalismus zeigte. Die Furcht vor der klerikalen Gefahr wird lebendig. Combes brauchte nur auf sie hinzuweisen, nachdem Millerand sie tatsächlich erweckt hatte. Auf die Entscheidung des Kongresses von Versailles wird diese Furcht einen Einfluß haben, den Millerand nicht hat schaffen wollen und den er auch nicht vorausgesehen hat. Alle Meinungsverschiedenheiten der antiklerikalen Republikaner treten zurück gegenüber der ernsthaft empfundenen Pflicht, das Werk der Befreiung zu schützen, welches Waldeck-Rousseau und Combes mutvoll und erfolgreich übernommen haben: die verweltlichte Republik und die Republik überhaupt.“

Bis gestern hatten die Parteien bei der Vorbereitung der Wahl des Präsidenten der Republik die in Betracht kommenden Kan-

didaten gar nicht auf ihre Ansichten über die Kirchenpolitik hin geprüft. Die klerikale Frage, der antiklerikale Kampf hatten keine Bedeutung, nachdem die Kirche vom Staate getrennt ist, die Hochburgen des Klerikalismus, die Kongregationen, niedergerisen sind. Aber jetzt fürchtet man wieder die Offensive der Klerikalen zur Zurückgewinnung der Macht im Staate, zur Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Vatikan, zur allmählichen Duldung der neuformierten Kongregationen. Und nun fragt man sich nicht mehr: Ist der Kandidat für die Präsidentschaft der Republik für das Verhältniswahlrecht? sondern bloß: Bietet er eine Gewähr gegen die Begünstigung der klerikalen Bestrebungen, die nicht erstorben, sondern bloß eingeschlummert waren? Die radikalen Gruppen werden sich jetzt für die Wahl eines Präsidenten entscheiden, der diese Gewähr bietet."

Und doch kam es anders, als die Kirchenfeinde beabsichtigt hatten. Bekanntlich wurde Poincaré, der zu wenig antiklerikal denkende Ministerpräsident, mit erdrückender Mehrheit zum Präsidenten der Republik erwählt, der sich zum Ministerpräsidenten den gleichfalls im Geruche des Klerikalismus stehenden Briand ausersah, das dritte Ministerium Briands innerhalb dreier Jahre. Und wirklich schien es, als ob für die Kirche, für die religiösen Genossenschaften und die freie katholische Schule eine wohlwollende Periode angebrochen sei. Schon am 4. Februar d. J. legte der Minister des Innern dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, der das Kongregationsgesetz von 1910 „präzifizieren und vervollständigen“ soll. Es wurde darin verlangt, einen Fonds zur Unterstützung der Mitglieder der Kongregationen zu schaffen, die ohne ausreichende Mittel sind; ferner war eine widerruflich zu erteilende Erlaubnis vorgesehen zur Niederlassung für Mitglieder aufgehobener Kongregationen und Orden. Man wollte damit einigermaßen das Unrecht wieder gutmachen, das man den Katholiken durch Erdrosselung des Vereinsrechtes zugefügt hatte. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß der Gesetzentwurf abgelehnt wurde. Ministerpräsident Briand mußte im Gegenteil eine Prüfung seiner kulturtämpferischen Zuverlässigkeit in der Kammer ablegen. Gedrängt von den Radikalen mußte er ausreichenden Schutz für die religionslose Schule, mit anderen Worten neue Mittel zur Unterdrückung der freien Schulen, in Aussicht stellen.

Ein neuer Kampf wider die katholischen Privatschulen war damit entfacht worden. Es wurde der Schulzwang eingeführt, durch Vermehrung der Staatsschulen dafür gesorgt, daß die freien Schulen nirgends mehr auftkommen könnten. Die Kinder wurden durch zahllose Mittel, wie warmes Frühstück, Schularzte, unentgeltliche Lehrmittel u. s. w. für die staatlichen Schulen gewonnen, alles Vorteile, die die armen katholischen Schulen, weil ohne jede staatliche Unterstützung, nicht leisten konnten. Auch durch bessere

Bezahlung sollte den katholischen Schulen das Lehrpersonal abwendig gemacht werden. Unter großen Strafen wurde es verboten, Propaganda für die katholische Schule zu machen oder aber Kritik an der Staatsschule zu üben. Man beachte diesbezüglich nachstehenden Artikel eines Gesetzentwurfes: „Wer durch Gewalt, Drohung oder andere Mittel, die imstande sind, materiellen oder moralischen Schaden anzurichten, die Eltern oder die für ein Kind verantwortlichen Personen zu bestimmen oder zu verhindern sucht, daß dieses Kind dem regelmäßigen Unterricht der öffentlichen Schule beiwohnt, wo es eingeschrieben ist, oder sich der Bücher zu bedienen, die in dieser Schule regelmäßig im Gebrauch sind, wird mit Gefängnis von sechs Tagen bis zu einem Monat und mit Geldstrafe von 16 bis 500 Franken belegt oder mit einer von beiden Strafen.“

Dem Einsichtigen ist es klar, daß mit solchen Gesetzesbestimmungen das offiziell abgelehnte Schulmonopol tatsächlich geschaffen wird, die freie katholische Schule aber wie auch der letzte Rest von Gewissensfreiheit gefnebelt und hinweggerafft werden sollen. Nicht so bald hatte die Beratung der Schulgesetzentwürfe begonnen, als Geistlichkeit und Volk dagegen Stellung nahmen. Der Erzbischof von Be ançon orderte die Geistlichkeit seiner Diözese zu Massenpetitionen gegen dieselben auf. Demselben Zwecke diente der Delegiertentag des Nationalverbandes der katholischen Jugend zu Caen, dem rund 5000 Vertreter von 3000 Ortsgruppen anwohnten, wie sich auch in Paris die Generalversammlung der katholischen Arbeitervereine mit der Schulfrage befaßte, einem Vereine, der über 80.000 Mitglieder zählt.

Neuestens ist es Ministerpräsident Barthou, der sich zu den ödesten Kulturfämpfern auf dem Gebiete der Schule hergibt. In wöchentlich zwei Sitzungen — so versprach er es den Radikalsozialisten — soll über den Schutz der Staatsschule verhandelt werden.

Davor aber, was die Staatsschule auf dem Gebiete der Erziehung leistet, schließt man absichtlich das Auge. Maitre Henri-Robert, einer der bekanntesten Pariser Anwälte, mußte es dem erstaunt aufhorchenden Frankreich erst sagen: „Im Jahre 1907 wurden in Frankreich 23.000 Jugendliche vor Gericht gestellt; im Jahre 1908 27.000. Die neueren Zahlen scheinen nicht vorzuliegen. Im Jahre 1909 kam auf fünf Angeklagte vor dem Schwurgerichte ein Jugendlicher. Die Jugendlichen stellen 25 vom Hundert aller Verbrecher Von 1898 bis 1909 wurden in Paris allein 5000 junge Leute wegen Umherstreifens und Bettelns festgenommen und 16.000 minderjährige Mädchen wegen Prostitution“ Und wie erklärte der Vortragende, ein Mann der Republik und waschechter Demokrat, solche Erscheinungen? Als Hauptgrund des jugendlichen Verbrechertums bezeichnet er die Krisis des Unterrichtes, der Erziehung. „Ja, warum hat man denn die Schule ohne Gott geschaffen, Staat und Kirche getrennt, den Bürgerkrieg zwischen staatlicher und geistlicher

Lehrerschaft heraufbeschworen, wenn am Ende doch nicht ohne l'idée religieuse auszukommen ist, und diese Ansicht von Republikanern in Vorträgen ausgesprochen wird, die republikanische Parlamentarier organisieren?" (Bgl. Schirmacher im „Tag“ Nr. 105.)

Den Kampf gegen die Vergewaltigung ihrer Schule haben die französischen Katholiken machtvoll aufgenommen. Die katholische Bewegung in Frankreich scheint überhaupt einen neuen Impuls empfangen zu haben, und je größer die Vergewaltigung, um so stärker die Reaktion. Sehr gut faßt diese neueste Bewegung Senator de Lamarzelle zusammen, wenn er sagt („Köln. Volkszeitung“ Nr. 722): „Seit der Trennung von Staat und Kirche steht der Klerus nicht mehr unter der Wormundschaft des ersten. Nach und nach wird er sich seiner Unabhängigkeit und der enormen Kraft, die daraus hervorgeht, bewußt. Mit den Jahren wird er daraus noch besseren Gebrauch zu machen wissen. Was kann man dagegen machen? Zwangsgesetze anwenden, die Geldstrafen oder Haft mit sich bringen? Diese kümmern keinen französischen Geistlichen mehr. Er geht den Weg des Gewissens und fürchtet sich nicht wegen der Folgen. Die öffentliche Meinung in Frankreich hat übrigens aufgehört, auf der Seite der Verfolger zu sein. Das unabhängige Frankreich will nichts mehr von den Anmaßungen der Laizität wissen, die in Grausamkeit ausgeartet war. Ist Frankreich erst von dem Nege lokaler Tyrannie befreit, in das es verwickelt war — und dieser erfreuliche Wandel scheint nicht mehr ferne zu sein — dann wird die Entwicklung des Katholizismus noch deutlicher werden. Inmitten der sich auflösenden Autoritätsbegriffe steht die katholische Kirche voll unerschütterter Autorität da, und auch die Blicke jener wenden sich ihr bewundernd zu, die nicht praktizierende Katholiken sind. Vom Instinkt der Erhaltung getrieben, wird sich die moderne Gesellschaft wieder dem Katholizismus zuneigen, um von ihm das Heil in der schrecklichen Krisis zu verlangen, die sie gegenwärtig durchlebt.“

Wir glauben den Umschwung trotzdem in nicht allzu großer Nähe. Aber kommen wird und muß er, zu viele der Anzeichen sprechen dafür. Wenn man will auch jenes, daß man wieder begonnen hat, die Militärseelsorge einzuführen, was freilich nicht aus Liebe und Schätzung der Religion, als vielmehr der Not gehorchein geschah, um der Desertion, der Widerseelikheit gegen Vorgesetzte vorzubeugen. Auch Pius X. hat für eine Besserung in Frankreich noch nicht alle Hoffnung fahren lassen. Bei der Barettaufführung der neuernannten Kardinäle im November 1911 fand der Papst für die französischen Kirchenfürsten die herzlichen Worte: „Was soll ich euch nun sagen, die ihr das Gewicht der Verfolgung fühlet? Mein Gebet ist für die lieben Brüder in Frankreich, welche noch im alten Glanz den katholischen Kultus hochhalten, für die teuren Kinder, die zahlreich zum Tische des Herrn gehen. Vielleicht in nicht zu langer Zeit geht

Frankreich den Weg nach Damaskus, dann sagt der Herr: Du erstgeborene Tochter der Kirche, trage meinen Namen wie ehedem."

2. Der Eucharistische Kongreß zu Madrid hatte uns zum letztenmal nach Spanien geführt. (IV. 1911, S. 895.) Schon damals setzten wir nicht allzu große Hoffnungen auf die begeisterte Feier und erwarteten kaum eine Aenderung in der spanischen Kirchenpolitik, mochten auch Hof und Regierung geradezu demonstrativ an der Feier sich beteiligen. Die Geschichte der zwei letzten Jahre hat uns Recht gegeben.

Im nämlichen Jahre 1911 noch entbrannte der Kampf wider die katholische Schule und seitdem hat fast jeder Tag den Katholiken neue Niederlagen gebracht. Schon damals versuchte der Stadtrat von Madrid, auf seine Weise die katholische Schule völlig abzutun, indem er ihr die ehedem votierten Mittel ganz einfach entzog und sie der freien oder Laienschule zuwendete. 150.000 Pesetas sollte in Zukunft die Ferrer-Schule erhalten, 120 die Schulen der Katholiken. Dem gleichen Zwecke — Befehlung der christlichen Weltanschauung — diente eine Verordnung des Ministerpräsidenten Canalejas, wonach den katholischen Gewerkschaften in dem zu schaffenden Arbeitsrat keine Vertretung zugestanden werden solle, da sie politische Gründungen seien. So reihte sich eine kirchliche Anfeindung an die andere auch im Verlaufe des Jahres 1912, trotzdem die Unzufriedenheit darüber auf Seiten aller Parteien stets im Steigen war. Sah sich Canalejas einmal wieder recht in die Enge getrieben, so erfolgte mit unfehlbarer Sicherheit die Demission des Kabinetts, der mit gleicher Gewissheit ein neues Vertrauensvotum des Königs und damit die Wiedereinsetzung der Regierung auf dem Fuße folgte. Erhoben dagegen die Konservativen ihre Stimmen, hielten sie mit ihrer Meinung über die verfehlte Regierungstaktik nicht zurück und suchten sie den jungen König darüber aufzuklären, so trug ihnen das den Vorwurf der Herrschsucht, des Verlangens nach der Regierung ein. Ja, der Ministerpräsident ließ es ruhig geschehen, daß man die konservativen Führer mit dem Tode bedrohte, falls sie wieder zur Regierung kämen. Ein Erbübel aller liberalen Präsidenten Spaniens leitete dabei auch Canalejas, das unstillbare Verlangen, im Besitze der Herrschaft zu bleiben. Und der König? Er pendelte zwischen den extremsten Parteien als terrorisierte Null und suchte oft genug Hilfe gegen seinen allmächtigen Ministerpräsidenten. Als er 1912 den hochbedeutenden konservativen Führer Maura zur Regierung berufen wollte, mußte er seinen ehrlichen Willen wieder rückgängig machen, da auch der königliche Wille am glühenden Ehrgeiz Canalejas scheiterte. Den Boden fühlte dieser freilich wanken unter sich.

Um das verlorene Prestige wieder zu festigen, zog der Ministerpräsident das Gesetz wider die Orden abermals hervor (im Juli 1912), womit auch dem Kabinett bei Republikanern und Liberalen einige Popularität gesichert werden sollte. Um so lauter erhob der Bischof

von Alcalá-Madrid seine Stimme dagegen und es war nicht allein aus dem Herzen der Konservativen gesprochen, als er schrieb: „Dieses Gesetz ist gegen das Volksempfinden, das niemals will, daß Ordensleute an der Erfüllung ihrer Gelübe gehindert werden, und das in seiner freiheitlichen Gesinnung keine Schranken jenen Personen gezogen wissen will, die sich nur Gott und der Religion widmen.“ Im weiteren Verlaufe seines Protestes verweist der Bischof darauf, daß ganz andere Leute in Spanien geduldet werden, die nicht wie die Orden Stützen von Thron und Altar, sondern nagende Würmer am Gerüste der Weltordnung sind. Auch Pius X. erhob in seiner Weise gegen die Klostergesetze Protest. Er machte den Muntius von Madrid zum Kardinal, gab ihm aber keinen Nachfolger.

Ueberaus traurig war es dabei anzusehen, daß bei der tieferen kirchlichen Lage die spanischen Katholiken sich so gar nicht in ihrem Optimismus stören lassen wollten. Man hielt dafür, daß es Canalejas mit seiner Drohung wider die Kirche und die religiösen Orden nicht ernst sei, daß er vielmehr viel zu viel Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehme, um einen Schlag zu führen, der die große Mehrheit des Landes tief erregen werde. Außer dem Episkopate und der Presse geschah nichts, kein Protestfeldzug, gar nichts. Nur die Uneinigkeit innerhalb der liberalen Partei selbst ließ hoffen, daß auch hier die Suppe nicht so heiß gegessen werde, wie sie gekocht wird. Im Grunde glaubte man damals, anfangs November, an keine lange Dauer mehr der Präidentschaft Canalejas. Da, am 12. des Monats, fiel der Ministerpräsident dem Mordstahl eines Fanatikers zum Opfer. Die Entrüstung darob war eine allgemeine und sie richtete sich naturgemäß vor allem gegen die Revolutionäre, deren Mitschuld an dem Verbrechen erwiesen war.

Damals, unter dem Eindruck des furchtbaren Ereignisses vereinigten sich Konservative und Liberale wieder einmal, und wäre der rechte Mann an der Spitze des Staates gestanden und nicht ein Graf Romanones, aus der blutigen Saat hätte Spaniens Heil erstehen können. Canalejas selbst war kein Segen für sein Land und Volk. Anstatt ihm wirtschaftlich behilflich zu sein, suchte er seinen Ruhm darin, ein Kirchenstürmer zu sein. Es ist gewiß nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß er gerade dieser Politik zum Opfer fiel, der Politik des Unglaubens, der Vergewaltigung fremden Rechtes, der Zugeständnisse und feigen Kompromisse.

Canalejas Nachfolger, der gewesene Kammerpräsident Romanones, erklärte sich alsbald als den Erben seines Vorgängers, dessen Gesetze auszuführen seine Pflicht sei. Dies zu bewerkstelligen, gelang ihm einstweilen eine Konzentration aller liberalen Parteien, so daß die Regierung nach außen geschlossen denn je stand. Darob eine große Erbitterung im konservativen Lager. Offenbar hatte die Partei beim Tode Canalejas auf einen Wiederbeginn ihrer Regierung gehofft; und wollte der König wirklich das eigentliche

Wohl des Landes, nichts wäre natürlicher gewesen als eine Berufung Maura, des Führers jener Partei, die in der Tat die einzige und überzeugte Stütze des Thrones ist. Statt dessen sollte es im Geiste Canalejas ruhig weitergehen, von dem die vorzüglich orientierte „Köln. Volkszeitung“ in Nr. 4 d. J. schreibt: „Der Geist, der seit einigen Jahren in Spanien die Herrschaft führt, ist der Geist, der zur Freude des internationalen Radikalismus und der internationalen Geheimbündlerei am Altare rüttelt. Die Träger dieses Geistes werden von dieser Geheimbündlerei positiv unterstützt in der Erwartung, daß mit der Erschütterung der sittlich-religiösen Stützen auch der Thron zusammenbrechen werde. So sind die Liberalen, die sich seit Jahren an und um den König drängen, ihn ganz abschließen und nur für sich und ihre Parteizwecke mit Beschlag belegen — Canalejas hat das in der allerrückichtslosesten Weise besorgt, und Romanones hat es ihm abgeguckt —, ebenso falsche Freunde des Königtums, wie jene portugiesischen Staatsmänner, die sich, von Treue, ja Byzantinismus triefend, um den Thron drängten und nach dem Umsturz so schnell eine andere Überzeugung annahmen . . . Man kann also den Unmut der königstreuen Konservativen verstehen, die da ruhig mitansehen müssen, wie jetzt wieder Romanones auf dem Jagdausfluge des Königs diesen gleichsam sequestriert, um dann, nachdem er dem Herrscher, der keine anderen Berater sieht und hört, mit vollster parteiischer Einseitigkeit, also ganz falsch, die Lage, die Bedürfnisse und die Stimmung des Landes dargestellt, die Komödie eines Rücktritts zu inszenieren, die bloß ein äußerliches Scheinnachspiel zu einer vorher schon dem König abgetäuschten Entscheidung ist. Der erschütterte Liberalismus tut sich zusammen, um den verlorenen Kredit unter Missbrauch des königlichen Namens noch eine Weile zu retten, und es macht ihm dabei keine Gewissenskrupel, wenn er die offenen Umstürzler möglichst schont, statt ihnen zu Leibe zu gehen, wie es für treue Diener der Krone Pflicht wäre. Aber nicht nur das; ihnen und ihren Hintermännern, die in Paris sitzen und Königsmorde planen, gibt er nach wie vor Bürgschaften durch sein kulturfächerisches Programm und seine kulturfächerischen Taten, deren antisittlich-antireligiöse Tendenz er mit Freiheits- und Toleranzlumpen notdürftig zu verhüllen sucht, wenn er überhaupt noch glaubt, heucheln zu müssen. Freiheit und Toleranz für Aufzucht von Ferrer-Kanaillen, öffentliche Entreditung des Bekenntnisses, dem alle Spanier angehören.“

Um von diesem Parteiregiment möglichst abzurücken und vor aller Welt zu erklären, daß sie keine Gemeinschaft mit einer Regierung haben wollten, die nach ihrer Überzeugung dem Lande zum Verhängnis werden wird, erklärte Maura und mit ihm 92 Abgeordnete, ihre Mandate niederzulegen. Die Lage wurde damit sehr ernst für das Land. Es war ein Schritt, wie er vielleicht in noch keinem Lande geschah, der aber auch in Spanien nicht ohne Wirkung.

auf die Liberalen blieb, die ja jetzt allein für ihre Politik verantwortlich gewesen wären. Maura hatte in einer Rede seine Handlungsweise mit den Worten begründet: „Die Liebedienerei des herrschenden Liberalismus gegenüber den Revolutionären ist das Anzeichen des Untergangs der Monarchie.“ In einer Denkschrift, die ob ihres Ernstes und der wenig erfreulichen Perspektive, die sie malte, großen Eindruck erzielte, klärte der konservative Führer sein Land über den getanen Schritt auf und wohin sie drang, fand sie Beifall, selbst bei rechtlich denkenden Liberalen. Der König ließ bekanntlich Maura zu sich bescheiden und hatte mit ihm eine einstündige Unterredung. Alles umsonst! Romanones machte die kampfhaftesten Bemühungen, seine liberale Regierung mit Hilfe der Republikaner am Ruder zu erhalten. Heute steht es fest, daß er dem König den Rat gegeben, die republikanischen Führer bei sich zu empfangen; jenen Uzcarate, der noch am Tage vorher eine Erklärung unterschrieben hatte, die eine radikale Änderung der Verfassung verlangte, d. i. Abschaffung der Monarchie. In einer glänzenden Versammlung vom 8. Jänner d. J. wurde Maura aufgefordert, sein Mandat beizubehalten und die Leitung der Partei wieder zu übernehmen, was er auch tat.

Mit dem Vatikan schien mittlerweile eine Aussöhnung stattgefunden zu haben, insofern anfangs Februar 1913 der neu ernannte Botschafter Calbeton y Blanchon sein Beglaubigungsdekrete überreichte und dabei an den Papst eine sehr friedliche Ansprache richtete. Wie wenig ernst es damit der Regierung war, zeigten schon die nächsten Tage. Mitte des Monats tauchte die Nachricht auf, daß ein königlicher Erlass die Kleriker, die religiösen Vereinigungen angehören, unter die Fahnen rufe, ein Fall, der in der spanischen Geschichte bis heute einzig dasteht. Am 1. März wieder hieß es, die Regierung beabsichtige zu bestimmen, daß der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen facultativ sein solle. Ein heftiger Kampf war damit aufs neue entfacht. War doch nach den Grundgesetzen der Unterricht in Religion für Volks-, Mittel- und Hochschulen obligatorisch und die Überwachung desselben den Bischöfen anvertraut. Diesmal war selbst dem Gleichgültigsten das Auge geöffnet. Sofort erhob sich der entschiedene Protest, allen voran jener der spanischen Frauen. Und der Erfolg blieb nicht aus. Ende März nahm der Rat für das öffentliche Unterrichtswesen einen Antrag an, wonach der Religionsunterricht für die Volksschulen obligat bleiben solle. Befreit bleiben nur jene Kinder, deren Väter erklären, daß sie der katholischen Religion nicht angehören. Es war mit letzterer Bestimmung ein Hinterpförtchen eröffnet, das es so manchem ermöglichen wird, sein Kind des Religionsunterrichtes zu berauben.

Jeder Monat geradezu sollte neue Anschläge wider die Schule bringen. Am 5. Mai erschienen königliche Verordnungen, denen zufolge die Oberaufsicht über das ganze Landesschulwesen in Volks-

Mittel- und Hochschulen einem Generaldirektor anvertraut ist, dem ein Stab von Inspektoren zur Seite steht, der, gleichsam allmächtig, an kein Gesetz und keine Regierung innerhalb seines Amtsbereiches gebunden ist. Und ihm unterstehen die öffentlichen Schulen ebenso gut wie die privaten. Sollen wir erst hervorheben, welchen Männern dieser ungeheure Einfluß auf Bildung und Erziehung der Gesamtjugend des Landes übertragen wird? Nur die eine Hoffnung bleibt, daß bei Wiedereröffnung des Parlamentes sich ein Proteststurm erhebt, der auch diesem königlichen Dekrete den Weg zum Papierkorb weist. Doch der Monat Mai sollte nicht vorübergehen, ohne daß nochmals eine neue Ministerkrise ausbrach. Wieder einmal erhob Maura im Parlament Protest gegen das Zusammenarbeiten von Liberalen mit ausgesprochenen Revolutionären und so stark war der Nachhall seiner bei den Regierenden angestellten Gewissens erforschung, daß der Ministerpräsident nichts anderes zu tun wußte, als beim Monarchen die Vertrauensfrage zu stellen. Daß sie zu seinen Gunsten ausfiel, wen wundert es noch? Aber der Fluch der bösen Tat blieb nicht aus. Eine moralische Niederlage der Regierung folgt der anderen, doch Romanones weiß sich im Sattel zu halten, getreu der persönlichen Politik, die seit Jahren in Spanien getrieben wird. Dabei ist des Liebäugelns mit den Gegnern von Thron und Altar kein Ende; kein Ende aber auch, und das Land sollte es Dank wissen, der bittersten und ernstesten Vorstellungen durch die staats erhaltenden Konservativen. Auch im Monat Juni geizelten Maura und der katholische Abgeordnete Basquez Mella die Politik der Selbst sucht des Kabinetts so vernichtend, daß auch diesmal eine Ministerkrise ausbrach, die in herkömmlicher Weise nach dem Muster der früheren Monate beigelegt wurde. Keinem kann es mehr ein Geheimnis sein, wohin das Land unter solcher Führung steuert; nur einer verschließt dem krampfhaft sein Auge, der Staatslenker selber. Jetzt hat er einen Pakt noch geschlossen mit dem abtrünnigen Revolutionär Leroux, der neuestens als politischer Schlängenmensch mit seinen Genossen für eine antiklerikale Monarchie eintreten will. Die „Köln. Volkszeitung“ (Nr. 527) hat Recht, wenn sie von einem offenen Verrat der katholischen Kirche durch den katholischen Ministerpräsidenten eines katholischen Landes redet. „Die Silberlinge bestehen in den wenigen Stimmen einiger angeblich Bekehrter, die von nun an für die ‚antiklerikale Monarchie‘ sein wollen . . . Statt der kirchenfeindlichen Plänkeleien und Halbheiten . . . soll jetzt ganze Arbeit gegen den Katholizismus kommen.“ Man darf gespannt sein, wohin Romanones das Land noch bringt, aber auch, wie lange Geduld und Nachsicht der Spanier noch anhalten.

3. Vom 4. bis 7. Juli fand zu Plymouth der vierte englische Katholikenkongress statt. In jenem südwestlichen Teile Englands ist die Zahl der Katholiken zwar nicht bedeutend, doch fiel die Tagung zur vollen Befriedigung aus. Der Oberbürgermeister von Plymouth,

der Stadtrat und die Bevölkerung brachten, obwohl protestantisch, ihren katholischen Gästen ein herzliches Wohlwollen entgegen und in einer protestantischen Kirche der Stadt wurden sogar öffentliche Gebete für den Bischof und den Kongress verrichtet. In seiner Eröffnungsrede schlug der Kardinal-Erzbischof Bourne von Westminster einen ernsten Ton an, der gleichsam als Leitmotiv in den meisten Reden und Verhandlungen des Kongresses wiederkehrte. Er schilderte den immer weiter um sich greifenden Geist der religiösen Gleichgültigkeit, warnte vor den Gefahren, die auch den in dieser Atmosphäre lebenden Katholiken drohen, und betonte namentlich die unabdingte Notwendigkeit, den katholischen Charakter ihrer Pfarrschulen zu wahren. Ein anderer Gegenstand, der in den Vorträgen eine hervorragende Rolle spielte, war die Arbeiterfrage; der Erzbischof von Liverpool sprach nur die Gesinnung der Kongressteilnehmer aus, wenn er erklärte: „Wenn ein (christlicher) Sozialismus in England die Oberhand gewinnt, können die Katholiken ihm die Hand zum Bunde reichen.“ — Die Regierung hat es für gut befunden, noch kurz vor dem Schluß der Parlamentsitzung eine kleine Schulbill dem Hause der Gemeinen vorzulegen. Dieselbe ist ein Bruchteil des dem Land versprochenen umfangreichen Gesekentwurfs, der das gesamte niedere und höhere Schulwesen neu und einheitlich ordnen soll. Die Bill bevollmächtigte die Lokalschulbehörden der Staatschulen, und zwar nur diese, nicht die Lokalbehörden der konfessionellen Schulen, behufs Errichtung neuer Elementarschulen oder Erweiterung schon bestehender die nötigen Gelder auf Rechnung des staatlichen Budgets aufzunehmen; zugleich ward ein Gesetzesparagraph vom Jahre 1870, der dies ausdrücklich verbot, aufgehoben. Die Freunde der Konfessionschule erkannten es sofort, und die Feinde sprachen es offen aus, daß diese neue Bestimmung auf die schließliche Beseitigung der konfessionellen Schulen abzielle. Endes kam es im Parlament gar nicht zu einer weiteren Verhandlung über die Bill, da Mr. Pease, der dermalige Unterrichtsminister, sie alsbald zurückzog; er verzweifelte offenbar daran, deren Annahme durchzusetzen, sei es wegen der nur mehr kurzen Dauer der Sitzung, sei es weil er eine Ablehnung von Seiten der der Konfessionschule günstigen Majorität des Unterhauses befürchten mußte. Hoffentlich wird dem geplanten ganzen Schulgesetz seinerzeit das Schicksal dieser Teilstill widerfahren! — Die Mitglieder der zwei konvertierten klösterlichen Kommunitäten, der Männer auf der Insel Caldey und der Frauen zu Milford Haven, haben nun auch in kanonischer Weise das Ordenskleid erhalten. Am 11. Juni gab der Diözesanbischof Dr. Mostyn 27 Nonnen das heilige Gewand, nachdem die bisherige Abtissin es schon vorher in der Benediktinerinnen-Abtei Stanebrook erhalten hatte. Damit ist das Kloster als kanonisch errichtet vom Heiligen Stuhle anerkannt. Am Feste der Apostelfürsten Petrus und Paulus vollzog der Bischof

dieselbe Zeremonie an den Brüdern zu Caldey und erklärte auch dies Kloster für kanonisch errichtet und sonach befugt, Novizen aufzunehmen. Es ist für die nächsten zehn Jahre der Jurisdicition des Diözesanbischofs unterstellt. Den hochherzigen, rechtschaffenen Abt Aelred drückte nach seinem Uebertritt zur Kirche noch eine Sorge. Als er mit seinen Mönchen die englische Staatskirche verließ und katholisch wurde, erhob sich in der Öffentlichkeit die Frage nach dem Eigentumsrecht auf die Insel Caldey; sind die Mönche auch jetzt die rechtmäßigen Herren der Insel? Ist diese samt dem übrigen Klosterbesitz nicht Eigentum der Staatskirche? oder der Wohltäter, welche der Communauté als einem protestantischen Institut ihre Schenkungen zuwenden? Der Abt Aelred erklärte gleich nach der Konversion seine Bereitwilligkeit, die empfangenen Almosen und Beiträge den Gebern zurückzuerstatten, die es verlangen würden; nur wenige indes meldeten sich. Die übrigen Fragen hat nun am 17. Juli ein Komitee gelöst, das aus hervorragenden Vertretern der katholischen und der Staatskirche auf Vorschlag des Lord Halifax und mit Zustimmung des Abtes Aelred gebildet war und ein auf den Grundsätzen der Willigkeit beruhendes Gutachten gab, welches übrigens für die eigentlichen Schenkgeber keine verpflichtende Kraft haben soll. Der Ankauf der Insel und die Errichtung des größeren Teils der neuen Klostergebäude ward mit dem Gelde bestritten, das zwei Wohltäter schenkten, welche schriftlich ausdrücklich ihre Zufriedenheit mit den neuen Verhältnissen erklärt haben. Den Wohltätern, die zu dem Hilfsaufonds beisteuerten, werden ihre Beiträge in angemessenen Fristen zurückbezahlt werden. Dagegen ist für die Almosen und Gaben, die für den Lebensunterhalt der Communauté, solange sie anglikanisch war, von ihren Freunden gereicht wurden, keine Restitution zu leisten. Diese Festsetzungen des Komitees, die Abt Aelred gerne annahm, werden wegen ihrer Willigkeit gewiß auch den übrigen Beteiligten annehmbar erscheinen und der Öffentlichkeit wird jede Handhabe zur Anschwärzung des Charakters des edlen Abtes entzogen. Soviel uns übrigens bekannt, hat die Staatskirche amtlich keinen Anspruch auf die Klostergüter von Caldey erhoben.

(Abgeschlossen am 10. September 1913.)

Kurze Fragen und Mitteilungen.

I. (Ziviltrauung und eheliche Geburt.) Auguste Bédolo aus Treviso in Italien hatte mit dem österreichischen Bürger Blasius Fedel in ihrer Pfarre die Ehe geschlossen, ohne die vorgeschriebene Ziviltrauung einzugehen.

Sie übersiedelte dann nach Görz in die Pfarre des Unterfertigten. Im Jahre 1906 wurde das erste Kind Richard getauft, in die Kirchen-